

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **26 (1946-1947)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Auf dem Felde der schweizerischen Politik hat der *Bericht des Generals an die Bundesversammlung* beträchtliches Aufsehen erregt, und die Ausführungen dieses Berichtes, sowie die angeschlossenen Berichte der Mitarbeiter des Generals, werden noch ausgiebig Gelegenheit zur Debatte bieten. Heute schiene es zweifellos verfrüht, ein endgültiges Urteil fällen zu wollen; dafür wäre erst die Stellungnahme seitens des Chefs des Militärdepartements und seitens der angegriffenen Offiziere unerlässlich. Soweit der Bericht selbst in Frage steht, so hat die Tagespresse mit der gebotenen Ausführlichkeit darüber referiert. Wie zu erwarten stand, wußte sich auch die sozialdemokratische Presse dieses Dokumentes ausgiebig zu bemächtigen, und es ist nicht weiter erstaunlich, daß sie die Gelegenheit benutzt hat, aus den ziemlich unverhohlenen Kritiken, wie sie in dem Bericht des Generals und gewisser Mitarbeiter enthalten sind, einen kräftigen Angriff auf das Bürgertum aufzubauen. Daß man dabei nicht gerade wählerisch vorging, zeigen die Ausführungen des Herrn W. G. in der Berner «Tagwacht». Es wäre aber unbillig, aus dieser Tatsache nun dem General etwa einen besonderen Vorwurf machen zu wollen. Aus dem Bericht selbst geht hervor, daß er solche Wirkungen eben in Kauf genommen hat; er mußte sie in Kauf nehmen, und es scheint, daß er recht daran getan hat, die ihm notwendig erscheinenden Ansatzpunkte unbekümmert um gewisse Begleitwirkungen mit der gebotenen Schärfe zu umreißen. Denn das Volk als Ganzes ist durchaus in der gebührenden Lage, mit diesen Problemen im Wege der ausgiebigen öffentlichen Diskussion fertig zu werden, auch wenn diese Diskussion von links her unvermeidlich in ziemlich ausgiebiger Weise mit parteipolitischen Spekulationen belastet wird. Dasselbe ist übrigens in einem Teil der welschen Presse zu beobachten, nur daß dort die Angriffe in erster Linie gegen den freisinnigen Chef des Militärdepartements gehen. Ganz allgemein wird übrigens, wie zu erwarten war, der Bericht des Generals in der welschen Presse stark verteidigt; — hier könnte jedoch die Situation in dem Augenblick interessant werden, da der ehemalige Bundesrat Pilet-Golaz aus Amerika zurückkehrt. . .

Man wird im allgemeinen, so glauben wir, dem General Dank wissen für die kritische und unverhohlene Art, in der er seinen Bericht abgefaßt hat — unbeschadet verschiedener Einwendungen gegen das Verfahren im Einzelnen. Sicher hätte der Verfasser des Berichtes es sich wesentlich leichter machen können, wenn er, wie das in solchen Fällen meistens geschieht, sich um die in seinen Augen heiklen Punkte gleichsam herumgeschrieben hätte. Er hätte damit die nun unvermeidlich gewordene Diskussion um seine Person vermeiden können und die Unterhaltung um seinen ausschlaggebenden Anteil an der Armeeführung in diesem Kriege von vornherein abgelenkt. Das eben spricht für die Persönlichkeit des Generals, daß er mutig seine Kritiken mit aller Schärfe herausstellt, im vollen Bewußtsein, sich damit selbst der ganzen Schärfe der Auseinandersetzung zur Verfügung zu stellen. Mögen auch in dem Bericht hier und dort persönliche Ressentiments durchschimmern — letzten Endes hat einfach der General durch seinen persönlichen Einsatz den Schritt getan, den er für Volk und Armee als unerlässlich empfand. In einer großen Tageszeitung hat eben erst ein militärischer Verfasser, der wohl jener Gruppe von Instruktionsoffizieren angehört, die sich verschiedenen Reformen verpflichtet fühlen, in einer

Würdigung der Umstände des Generalsberichtes einige treffende Feststellungen gemacht. Indem auch er vermeidet, jetzt schon auf Einzelheiten des Berichtes einzutreten — bevor die jeweilige Gegenpartei sich geäußert hat —, stellt er die entscheidenden Gesichtspunkte heraus, um die es schließlich bei dieser Angelegenheit überhaupt geht: die Persönlichkeit des Generals muß nach ihrem Gesamtgewicht, militärisch und politisch, gewürdigt werden; er war in erster Linie ein Mann des Volkes, und seine Leistung war es gerade, daß er über das Militärische hinausreicht. In ihm verkörperte sich eine neue, tiefere Verbindung von Volk und Armee, als deren Schöpfer und unermüdlicher Förderer er fest in das Bewußtsein des Volkes gedrungen ist, und endlich erscheint sein Bild dem Volke als das eines ersten Dieners des Widerstandes: diese Auszeichnung und dieser Ehrentitel eines großen und mutigen Förderers in dem entscheidenden sozialen Bereiche werden am Ende, über alle Diskussion im Einzelnen hinweg, die Persönlichkeit des Generals im Gedenken des Volkes bestimmen.

In den Bahnen der *internationalen Auseinandersetzung* hat sich während der Berichtsperiode — vielleicht mit Ausnahme des schweren Attentates auf das britische Hauptquartier in Jerusalem — nichts von besonderer Bedeutung ereignet. Die Ergebnisse der letzten *Außenministerkonferenz in Paris* dürften im wesentlichen durch die *Friedenskonferenz* bestätigt werden. In ihnen ist zweifellos niedergelegt, was unter den gegebenen Umständen im günstigsten Falle erreicht werden konnte. Und nach dieser Hinsicht wäre nun besonders die *Entscheidung über Triest* zu erwähnen, die trotz manchen Unzukömmlichkeiten im ganzen sicher das Richtige trifft. Man kann es zwar den Italienern nachfühlen, daß der Verlust von Istrien und eines großen Teiles von Julisch-Venezien sie schwer trifft. Andererseits konnten sie nach dem Vergangenen doch wohl unmöglich erwarten, daß ihnen Triest, immerhin der lebenswichtige Hafen seines südosteuropäischen Hinterlandes, nochmals überlassen würde. Und was auch hier die großen Züge der internationalen Politik betrifft, so ist schließlich entscheidend, daß die Stadt Triest und ihr Hafen unter die Kontrolle der Vereinigten Nationen kommen, wo am Ende die großen Westmächte immer den ausschlaggebenden Einfluß haben werden. Auch haben die Westmächte es am Ende leicht in der Hand, die Einzelregelung dieses Regimes zu ihrer Befriedigung gestalten zu lassen: nach wie vor ist der wichtige Schlüsselpunkt in den Händen der britisch-amerikanischen Streitkräfte, die eben so lange dort verbleiben werden, bis eine Einigung zu Stande kommt. Genau dasselbe gilt auch für die ehemals *italienischen Kolonien*. Es zeigt sich eben, daß die Westmächte es mindestens ebenso gut verstanden haben wie die Russen, sich die *notwendigen Pfänder* zu sichern.

Nicht ganz verständlich scheint die Hartnäckigkeit, mit der Frankreich auf *Tenda und Briga* bestand. Der militärische Wert der so gewonnenen Positionen ist nach heutigen Begriffen reichlich umstritten, — der politische Schaden des Anspruches schon jetzt unverkennbar. Mit Interesse hört man, daß Léon Blum diesen Umstand mit aller Schärfe hervorgehoben hat. Immerhin wird die letzte Entscheidung in dieser Frage erst im Rahmen der Friedenskonferenz fallen, und noch steht also eine großzügige Geste Frankreichs im Bereiche der Möglichkeit. Wird sie getan werden? Angesichts der laufenden inneren Schwierigkeiten des Landes und der ungünstigen Entwicklungen in Teilen des französischen Kolonialreichs — Indochina, neuerdings auch Madagaskar — ist ein solcher großzügiger Schritt freilich eher unwahrscheinlich.

Noch völlig ungelöst sind die Probleme *Deutschland* und *Österreich*. Man

wird abzuwarten haben, ob es wirklich zu einer Zweiteilung des ehemaligen Reiches kommt. Wir glauben, auch die Russen werden sich dies noch überlegen, denn der Vorteil wäre dabei bestimmt nicht ausschließlich auf ihrer Seite. Andererseits besteht nach der heutigen Lage kaum ein Anhaltspunkt, auf die abenteuerlichen Kombinationen einzutreten, die von einer kommenden Verständigung zwischen *Rußland und Deutschland* unter Opferung Polens und zum endlichen Schaden der Westmächte wissen wollen. Sie sind in der Hauptsache von der amerikanischen Presse aufgenommen worden. Einmal wäre dazu festzustellen, daß eine russisch-deutsche Verständigung angesichts der allgemeinen Auswirkungen der russischen Eroberungspolitik und der ungehemmten Evakuation wichtiger industrieller Unternehmungen heute völlig ausgeschlossen erscheint. Oder glaubt vielleicht jemand, daß die Russen Ostpreußen wieder aufgeben werden? Auch könnte eine solche Verständigung ohnehin nur Ostdeutschland umfassen, da die Westmächte selbstverständlich nicht daran denken werden, unter solchen Umständen die von ihnen besetzten Zonen in absehbarer Zeit zu räumen. Ostdeutschland aber ist schon heute — direkt und indirekt — in der Hand der russischen Politik. Wie es aber in Bezug auf solche Kombinationen im Westen steht, das zeigte sich eben erst unlängst bei den Wahlen für die verfassungsgebenden Versammlungen in der amerikanischen Zone. Dort haben trotz der Notlage eines großen Teils des Volkes, die ja einen ausgezeichneten Nährboden für die Radikalisierung bilden sollte, die *Kommunisten* sehr geringe Fortschritte gemacht. Nur allein in Baden erreichten sie zehn Prozent der abgegebenen Stimmen, in den übrigen Ländern sind sie trotz der schweren Lage unter diesem Satz geblieben. Das ist immerhin ein für seinen Bereich ziemlich unverkennbares Zeichen der Stimmung, die heute gegenüber den von der russischen Politik geförderten Kommunisten herrscht. Man wird also auch in diesem Falle allzuweit reichende Kombinationen beiseite lassen.

Wenn die Pariser Konferenz der Außenminister in allen Teilen die nach wie vor enge *Zusammenarbeit unter den großen Westmächten* gezeigt hat — Frankreich wahrt hier aus innenpolitischen Rücksichten eine gewisse Zurückhaltung, die ihm jedoch bis heute nicht zum Nachteil gereicht hat, — so hat diese Tatsache nun die Bestätigung durch das Zustandekommen der *amerikanischen Anleihe für Großbritannien* erfahren. So ist nach der Schiffbrücke über den Ozean, durch die einst der Krieg gewonnen wurde, nun die goldene Brücke fertig gestellt, durch die der Friede gewonnen werden soll. Bis dahin wird freilich noch ein weiter Weg sein. Und wie weit der Bereich der amerikanisch-britischen Zusammenarbeit auch in einem besonderen Fall tatsächlich reicht, das wird sich nun unter anderem einmal erweisen an dem *Palästina*problem, wo nun nach dem unglücklichen *Attentat auf das britische Hauptquartier* die Dinge wohl etwas rascher in Fluß kommen werden. Noch sind die Auswirkungen dieses Terror-Aktes nicht abzusehen; daß sie aber ganz beträchtliche Ausmaße annehmen werden, steht fest. Am Ende wird wohl die ganze arabische Position im Nahen Osten eine beträchtliche Verstärkung erfahren, und wenn auch für England die über 100 Todesopfer sehr beklagenswert sind, so braucht doch das Attentat, auf weitere Sicht beurteilt, sich für die britische Politik nicht unbedingt nachteilig auszuwirken. Sicher aber ist jetzt schon eines: der *Antisemitismus*, der sich bereits weitherum, auch im Bereiche Zentraleuropas, wieder zu erheben beginnt, wird einen weiteren, starken Auftrieb erfahren, dessen Folgen schwerwiegend sein können, und dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Zürich, den 27. Juli 1946.

Jann v. Sprecher.

Londoner Brief

Englands Ringen um den Frieden

England, das mit fast übermenschlichen Anstrengungen den Krieg gewann, läuft heute Gefahr, den Frieden zu verlieren. Mehr als ein Jahr nach dem Verhallen des Geschützdonners mußte die britische Regierung die Brotrationierung einführen, eine Maßnahme, die auch in den Zeiten der schwersten deutschen U-Bootblockade hatte umgangen werden können, und deren unheilvolle psychologische Folgen daher umso mehr ins Gewicht fallen. Die Engländer sind vollständig erschöpft; sie sehnen sich nach Ruhe und möchten endlich einmal die Früchte des so heiß errungenen Sieges genießen. Statt dessen sehen sie am politischen Horizont drohende Gewitterwolken aufziehen und müssen stets neue Einschränkungen auf sich nehmen, die durch die wenigen Erleichterungen und den Trost, daß sie wenigstens die Schrecken der V-Angriffe los geworden sind, kaum wettgemacht werden. Die Wohnungsnot hat besonders in den Städten bedenkliche Ausmaße angenommen, die Industrie arbeitet zwar mit Hochdruck, aber zum guten Teil für den im Interesse des Finanzhaushaltes lebenswichtigen Export, sodaß der einheimische Markt zu kurz kommt, die Kohlenförderung hinkt trotz der Verstaatlichung der Gruben weit hinter den Erwartungen her, und der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern ist so groß, daß noch immer 161 000 deutsche Kriegsgefangene auf englischen Gehöften beschäftigt werden müssen.

Ein Jahr Sozialismus

Es wäre allzu einfach, die Schuld an der schweren Nachkriegskrise einzig und allein der Unfähigkeit der nun zwölf Monate amtierenden *Labourregierung Clement Attlee* zuschieben zu wollen. «Wenn einer vor den letzten allgemeinen Wahlen prophezeit hätte», führte der konservative Walter Elliot aus, «daß in einem Jahr unsere Beziehungen zu Rußland bis zum Zerreißen sein werden, daß wir die Brotrationierung einführen und von den Vereinigten Staaten Geld borgen müßten, wäre ihm erwidert worden: typisches Tory-Geläster. Und doch ist es eine nüchterne Feststellung der Tatsachen von heute». Elliot hat zweifellos recht; die Frage ist nur, ob England unter einem konservativen Kabinett besser dastände, und darauf muß die Antwort im großen und ganzen verneinend ausfallen. Manche Probleme hätten glücklicher gelöst werden können, darüber sind sich auch die Sozialisten im Klaren, und der Landwirtschaftsminister mußte am Parteikongreß in Bournemouth eine unzweideutige Rüge einstecken. Über Einzelheiten hinaus muß ein objektiver Beobachter der Regierung aber noch einen grundsätzlichen Vorwurf machen. Sie wollte ihr Monstreprogramm in allzu kurzer Zeit verwirklichen; sie überschwemmte das Parlament mit oft nicht gründlich genug ausgearbeiteten Gesetzesvorschlägen und Erlassen und überlastete die Verwaltung. Die Bürokratie feiert Triumphe. Seit 1939 ist die Zahl der Beamten von 443 000 auf 696 000 angestiegen; zählt man die in Regierungsbetrieben Beschäftigten mit, steht gegenwärtig der zwanzigste Teil der arbeitenden Bevölkerung im Staatsdienst.

Die *Opposition* benutzt die herrschenden Mißstände zu heftigen Attacken. In ihren Augen geht es dem Kabinett nicht in erster Linie darum, die allgemeinen Lebensbedingungen zu verbessern, sondern um die Verwirklichung seines ideologischen Programms, durch welches das britische Volk zu einer gleichmäßigen Schicht von «Gefangenen im sozialistischen Kerker» oder «willenlosen Untertanen der Labourdiktatoren» erniedrigt würde. Allzu oft vergessen sich verantwortliche Minister leider in ihren Reden und sprechen Sätze aus, welche die Befürchtungen der Konservativen als berechtigt erscheinen lassen. Die gehässigen Bemerkungen Shinwells über den «bevorstehenden Kampf der Demokratie gegen das morbide Oberhaus» haben sogar überzeugte Sozialisten vor den Kopf gestoßen, und wenn Bevan verkündete, «bis zu den nächsten Parlamentswahlen gibt es für den englischen Arbeiter

kein Wohnungsproblem mehr — der Reiche kann warten», dann muß man sich doch fragen, ob die Regierung im Interesse der Allgemeinheit oder bloß ihrer Anhänger handle.

Die größte Gefahr sehen die Konservativen in den *Verstaatlichungsmaßnahmen*. Eine einmal nationalisierte Industrie könnte kaum mehr «entstaatlicht» werden, auch wenn im nächsten Unterhaus die Labourpartei nicht mehr über die Mehrheit verfügte. Die Überführung der wichtigsten Betriebe in die Hände des Staates muß unfehlbar zu einer Verarmung der reichen Klassen führen, deren Tatkraft das britische Weltreich zum größten Teil seine Blüte zu verdanken hat, vielleicht — in diesem Punkt läßt sich kaum etwas voraussagen — auch zu einer Lähmung der Privatinitiative und damit zu einer Schwächung der Produktionskraft.

Das Ziel der Opposition ist daher, der Regierung dermaßen Schwierigkeiten zu bereiten, daß sie an der Verfolgung ihrer Pläne gehindert wird. Am deutlichsten kommt diese Taktik in der Haltung *Winston Churchills* zum Ausdruck, der, um mit Attlee zu reden, «aufgehört hat, ein Staatsmann zu sein, sondern eher einer der geistreicheren und billigeren Zeitungsredaktoren geworden ist». Diese Formulierung birgt trotz ihrer giftigen Übertreibung einen Funken Wahrheit. Churchill ist in den Herzen der Holländer, Belgier und Franzosen der Mann geblieben, der den Krieg gewann; in England hat man seine Verdienste zwar nicht vergessen, die Rolle der nationalen Figur mußte er aber an Außenminister Bevin abtreten, den einzigen Minister, der auch von der Rechten rückhaltlos anerkannt wird. Der Kriegspremier identifizierte sich allzu sehr mit den Konservativen, als daß er noch als der über allen Parteien stehende Retter des Vaterlandes erscheinen könnte. Während er im Ausland begeistert gefeiert wird, muß er sich im Unterhaus und von der regierungstreuen Presse Schmähungen an den Kopf werfen lassen, welche die ganze Tragik seines Sturzes enthüllen. Und doch darf man Churchills Macht nicht unterschätzen. Wenn sich der Publizist Hannen Swaffer, dem während des Krieges für den Premier kein Lob groß genug gewesen war, nun bemüßigt fühlt, Churchill einen «Messias-Komplex» vorzuwerfen, wodurch er den Führer der Opposition verunglimpfen zu können glaubt, kommt er einer tiefen, allerdings ungewollten Erkenntnis nahe: Churchill hat keinen Komplex, aber er ist die wachende Größe im Hintergrund, und obschon er jeglichen direkten Einflusses auf die Geschicke seines Landes beraubt ist, übte seine von der Linken beiferte Fulton-Rede bestimmend auf die britische Außenpolitik ein.

Ost- und Westblock

In Fulton hatte Churchill den engen Zusammenschluß der Angloamerikaner gefordert, um der aus dem Osten daherbrausenden sowjetischen Sturmflut einen schützenden Damm entgegenstellen zu können. Man hatte ihn deswegen als Kriegshetzer verschrien, heute sehen sich jedoch auch diese Schreier vor die unumstößliche Tatsache einer *Vereinigung der USA und Englands* gestellt. Die politische Entwicklung nahm diesen Verlauf nicht, weil der Russenhaß überhand genommen hätte — man muß sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Churchill selber seinerzeit die Russenbegeisterung züchtete —, sondern aus dem einfachen, aber die Zukunft der Menschheit in Frage stellenden Grund, daß sich die USSR jeder fruchtbareren, ehrlichen Zusammenarbeit mit ihren Kriegsverbündeten hartnäckig widersetzt. «*Die Vereinigten Staaten und Großbritannien*», schrieb General Eisenhower in seinem Bericht über die militärischen Operationen in Europa, «arbeiteten nicht nur als Alliierte, sondern als eine Nation zusammen». Nach einer kurzen Zeit der Entfremdung hat diese anglo-amerikanische Einheit, weniger symbolisiert durch die *amerikanische Anleihe* als die feste Haltung Byrnes' und Bevins in Paris, ihre alte Festigkeit wiedergewonnen, und damit ist die Spaltung der Welt in zwei Blöcke Wirklichkeit, eine furchtbare Wirklichkeit geworden. Von Genugtuung darüber kann, was England betrifft, keine Rede sein. Bevin ist der letzte, der diese de-facto-

Blockbildung im Prinzip billigte; aber angesichts der Erfahrungen an der Pariser Außenministerkonferenz bleibt ihm gar keine andere Wahl, als sich im Augenblick damit abzufinden, das Beste herauszuholen und im geheimen weiterhin unermüdlich auf die Erfüllung seiner Wunschträume — der «Vereinigten Staaten Europas» und des in der UNO zu schaffenden Weltparlaments — hinzuarbeiten.

England verfolgt weder hegemonistische Ziele, noch erhebt es territoriale Forderungen; es drängt nur darauf, der Welt die Güter zuteil werden zu lassen, um deretwillen es Krieg führte. Die *Pariser Friedenskonferenz* soll den Friedenszustand mit fünf ehemals feindlichen Staaten bringen. Man glaubt in London, daß es ihr gelingen wird, doch rechnet man mit erbitterten Debatten, wenn das Begehren der kleineren Nationen auf demokratisches Vorgehen mit Mehrheitsbeschluß auf das russische Festhalten am Veto prallt. Steht die Welt aber nach einer erfolgreichen Friedenskonferenz besser da? Man legt sich in England Rechenschaft darüber ab, daß der Friede solange faul sein wird, als die *Zukunft Österreichs und Deutschlands* keine befriedigende Regelung erfahren hat. Mit dem Pestherd eines dahinsiechenden Deutschlands ist Europa zum Untergang verdammt. Rußland lehnte auch hier die Zusammenarbeit ab, um auf eigene Faust vorgehen zu können. Die britische Regierung ist nicht gewillt, müßig zu bleiben, bis sich der Kreml zum Einlenken bequemt, sondern wird, darüber kann kaum mehr ein Zweifel bestehen, das Angebot Amerikas auf Verschmelzung der englischen und USA-Zone zu einer wirtschaftlichen Einheit annehmen, um wenigstens einen ersten Schritt zum Wiederaufbau im darniederliegenden ehemaligen Dritten Reich zu tun. England sieht sich innerhalb seiner eigenen Grenzen und in den Gebieten des Empire so schweren Problemen gegenübergestellt, daß es auch den Zusammenbruch des Viererverhältnisses in Kauf nimmt, um seine Kräfte nicht länger nach außen zersplittern zu müssen. Dieser Entschluß fällt ihm nicht leicht, doch darf es sich dabei auf das wohl wichtigste Ergebnis der letzten Außenministerkonferenz stützen, an der es sich offenbarte, daß auch *Rußland* die Verantwortung am völligen Scheitern des Ringens um den Frieden nicht übernehmen will.

London, den 24. Juli 1946.

Munke Schütz.

Schweizerische Umschau

Die Stellung der Großstadt Zürich als kantonales Problem...

Vor kurzer Zeit sind die Volkszählungs-Ergebnisse des Kantons Zürich vom Jahre 1941 herausgekommen. Sie bieten im Einzelnen viel Neues und Merkwürdiges, im Großen und Ganzen aber bestätigen sie nur das, was man ohnehin schon wußte oder ahnte: die Entwicklung des Kantons Zürich zu einem Städteanton hat ihren Fortgang genommen. Bei insgesamt 674 505 Personen Bevölkerung wohnen 58,5 Prozent, nämlich 395 278 Personen in Städten, und zwar 336 395 in der Stadt Zürich und 58 883 in der Stadt Winterthur. Auf 100 Landbewohner kommen somit 142 Stadtbewohner. Eine riesenhafte Vergrößerung mit einer Vermehrung um — sage und schreibe! — 707 Prozent hat besonders Zürich erfahren, das im Jahre 1850 noch 41 690 und im Jahre 1910 schon 215 488 Seelen zählte. Daß nun seit der Volkszählung wieder alljährlich viele Tausende von Einwohnern dazu gekommen sind, so daß heute eine Bevölkerungsziffer von über 360 000 erreicht ist, muß man noch hinzu nehmen, um das Bild des rapiden Aufstieges zu vervollständigen. Mit einer Vermehrung um 331 Prozent hat sich auch Winterthur stark vergrößert, ist aber immerhin innert mäßigen Schranken geblieben. Auf dem Hintergrunde dieser wirklich stattlichen Zahlen hebt sich die Entwicklung der Landschaft mit einer Zunahme von 43 Prozent seit dem Jahre 1850 nur schwach ab. Wohl sind einzelne besonders günstig gelegene Gemeinden stark, um 100, 200, 300 Prozent angewachsen, aber dafür muß der Statistiker überraschenderweise bei mehr als der Hälfte der

zürcherischen Landgemeinden in der Rubrik «Zu- oder Abnahme» ein Minuszeichen anbringen, denn diese Gemeinden haben seit 1850 nicht weniger als 21 Prozent ihrer einstigen Bevölkerung eingebüßt und zählen jetzt zusammen nur noch 66 000 anstatt 84 000 Einwohner. Das Problem des Verhältnisses von Stadt und Land ist damit — wenigstens zahlenmäßig — in eindeutiger Weise gestellt.

Das Problem ist aber auch in anderer Beziehung vorhanden: wirtschaftlich, geistig und politisch. Um zunächst das Wirtschaftsleben zu berühren, besteht die Stadt Zürich aus einer überaus starken Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte. 136 605 Personen sind in Industrie und Handwerk, 67 495 in Handel, Bankwesen und Versicherungsanstalten, 35 559 bei öffentlichen Diensten beschäftigt. Dazu tritt noch eine Pendelwanderung größten Ausmaßes von der Landschaft her, weil die städtischen Unternehmungen durch die stadteigenen Arbeitskräfte nicht gesättigt sind. In diesem Zusammenhange festzustellen, daß in der Stadt die Landwirtschaft keine Rolle spielt, mag fast als trivial erscheinen, und doch hat es seine Bedeutung, weil daraus hervorgeht, daß die städtischen Wirtschaftsinteressen grundsätzlich nicht ländlich, landwirtschaftlich gerichtet sind. Die Stadt lebt gewissermaßen in einer höheren Sphäre des bloßen Wert- und Gelddenkens, jedenfalls losgelöst von der unmittelbaren Beziehung zu den natürlichen Grundlagen des Lebens. Diese Beobachtung läßt sich auch auf geistigem Boden machen. Das geistige Leben der Stadt baut sich nicht auf natürliche, stabile Beziehungen, sondern auf Grundlagen sekundärer Art, wie Wissenschaft, Organisation, Unternehmung, Kultur, die sich nach Belieben changieren lassen und dem Städter darum auch im Allgemeinen jene Wendigkeit verleihen, anderes Gedankengut in sich aufzunehmen als das Bodenständige.

Schon von jeher, besonders aber seit der Entwicklung des heutigen Übergewichtes der Stadt Zürich haben diese Gegensätze eine Rolle gespielt. Von jeher hatte die Stadt, der man ja immerhin billigerweise die Schöpfung des kantonalen Staatswesens zuschreiben muß, die Tendenz, der Landschaft ihren besonderen, anderen Willen aufzuzwingen. Zu verschiedenen Malen sah sich deshalb das Landvolk in der Geschichte genötigt, für seine eigene Art der Existenz zur Gewalt zu greifen. Wir denken da an den Waldmannhandel (1489), an den Bauernaufstand (1525), an den Wädenswiler Handel (1646), an den Stäfner Handel (1794), an den Bockenkrieg (1804) und an den Straußenhandel (1839); man könnte aber auch noch die rein politischen Aktionen des Ustertages (1830) und der demokratischen Bewegung des Jahres 1867 hinzu nehmen. Sofern dabei die Interessen wirklich allgemeiner ländlicher Natur gewesen sind, gelang es dem Lande stets, sie durchzusetzen. Das Übergewicht der Landschaft über die Stadt gab dabei jeweilen den Ausschlag. Diese Situation hat sich aber heute geändert, indem die Bevölkerung der Stadt Zürich schon allein mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Kantons ausmacht und für die Zukunft ein rapides weiteres Anwachsen der Großstadt zu vermuten ist. Das städtische Element im Kanton tritt noch stärker hervor, wenn man auch Winterthur mit seinen 60 000 Einwohnern hinzu nimmt, das allerdings einen mehr land- und kleinstädtischen Charakter bewahrt hat. Jedenfalls muß man von jetzt an definitiv damit rechnen, daß im Kanton Zürich bei aller demokratischen Verfassung doch der großstädtische Gesichtspunkt den Ausschlag gibt. Wir sehen den Niederschlag dieser Tatsache bereits in allerlei politischen Erscheinungen: die große Mehrzahl der Nationalräte stammt aus der Stadt Zürich; die Verwaltung, das Schulwesen und die Krankenanstalten konzentrieren sich immer mehr in Zürich; am 26. Mai 1946 wurde ein Gesetz über die Reorganisation der Nebenbahnen im Zürcher Oberland angenommen, obschon 102 — von insgesamt 171 — politische Gemeinden der Landschaft es ablehnten; die Stadt vermochte am 5. Mai 1946 sozusagen widerstandslos den Kredit für ihren Flugplatz durchzubringen. Schon jetzt leben die außerstädtischen Gemeinden weitgehend nach den städtischen Rezepten, z. B. in der Sozialpolitik, wo die Stadt bevorzugt wird. Was ihnen von ihrer Autonomie vorläufig noch bleibt, das ist das einfachere Leben und die höheren Steuern, nicht

selten die schlechteren Lehrer und immer die geringeren Gehälter ihrer Beamten. Je mehr nun die Stadt anwächst, desto mehr wird sie auch ihre städtische Politik geltend machen.

Es gäbe natürlich eine Menge Möglichkeiten, dieser Verstädterung des Kantons zu wehren: Einführung eines Gemeinde-Quorums bei der Gesetzgebung, Ausschaltung der Bevorzugung der Stadt in der Sozialpolitik, Steuererleichterungen für auf dem Lande Wohnende, Verkehrsverbesserungen usw. Allein es will uns scheinen, als ob die Landschaft politisch von der Stadt bereits überwunden sei, so daß eine selbständige Landpolitik aus Abschied und Traktanden fallen muß. Sie wird ja sowieso als purer Unverstand und Rückständigkeit abgetan, schrieb doch z. B. Professor Dändliker in seiner «Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich» über den Versuch des Zürcherischen Bauernbundes, die erste Eingemeindung des Jahres 1891 zu verhindern: «Die kraftvolle Opposition der gebildeten Elemente, welche den unklaren und verschwommenen Zielen und Ideen dieser Bauernbewegung mit scharfer verstandesmäßiger Kritik entgegentrat, hatte ihren ersten Erfolg bei der Frage der Vereinigung der Stadt Zürich mit ihren Außengemeinden» (Bd. III, S. 443). Dabei hatte jener Bauernführer Konrad Keller vielleicht doch nicht so ganz Unrecht, als er voraussagte, «es solle eine uneinnehmbare Zwingburg gegründet werden, von der aus die Landschaft geknechtet und erwürgt werden könne». Die politische Überwindung der Landschaft erwies sich dann noch ausdrücklicher im Jahre 1931, als die zweite Eingemeindung auch von ihr selbst mit großer Mehrheit akzeptiert wurde. Seither kann man beobachten, daß auch das Landvolk weitgehend mit städtischen, ja großstädtischen Gedanken infiltriert ist. Soweit dies nicht zutrifft, kann man wenigstens beobachten, daß die Stadt ihm ihren Willen aufzwingt, und man ist versucht, an die Erledigung des Wädenswiler Handels mit dem gestrengen städtischen Urteile zu denken: «Die gesamte Bevölkerung der Herrschaft, Männer, Weiber und Kinder, wurden auf einer Wiese versammelt und hier von Truppen umgeben». Aus der heutigen machtvollen Umarmung durch die Stadt wird sich kein Landvolk mehr lösen können.

Trotzdem bildet die Stellung der Großstadt Zürich immer noch ein kantonales Problem, und zwar jetzt wegen der unbegründeten Schlechterstellung der Landschaft gegenüber der Stadt. Nachdem die Stadt die Landschaft weitgehend als Stadtgebiet betrachtet, ist just nicht einzusehen, warum die Landbewohner allerlei Nachteile in den Kauf nehmen sollten. Die Lösung des Problemes wird darum nunmehr in der restlosen Gleichstellung der Landschaft mit der Stadt bestehen, und es schiene mir keineswegs aussichtslos, wenn eine von der Landschaft kommende Bewegung auch in den Besitz der städtischen Privilegien kommen wollte.

* * *

... und als eidgenössisches Problem.

Am 3. Juli 1946 haben zu Genf auf Einladung der radikalen Partei 2500 Bürger protestiert, protestiert «contre le tort fait à Genève par les autorités fédérales». Unter den sechs Beschwerdepunkten richteten sich gerade die drei ersten gegen die Bevorzugung Zürichs und die gleichzeitige Hintansetzung der Interessen Genfs. Beklagt wurde, daß Genf für den Ausbau des Flugplatzes in Cointrin von der Eidgenossenschaft nur einen ungenügenden Beitrag erhalten habe, während die Errichtung des Flugplatzes von Kloten freigebig subventioniert worden sei. Sodann wandte man sich gegen die enormen Summen zur Erweiterung der Eidgenössischen Technischen Hochschule und gegen die Errichtung neuer Lehrstühle an diesem Institute, welches geeignet sei, die kantonalen Universitäten zu konkurrenzieren. Schließlich sprach sich die Versammlung auch aus gegen die Aufwendung von Bundesmitteln für die beschlossene Zuckerfabrik in Andelfingen. «La résolution proteste contre la

politique qui tend à favoriser uniquement une seule et grande cité et à faire de Zurich la métropole intellectuelle et économique de la Suisse».

Das wäre also der Aspekt Zürichs von Genf aus. Hält man sich dazu, daß auch die übrigen welschen Kantone mit dieser Ansicht einig gehen, und berücksichtigt man auch das gewisse Unbehagen von Bern und Basel gegenüber der Entwicklung, die Zürich nimmt, dann liegt es auf der Hand, daß die Stellung der Großstadt Zürich auch ein eidgenössisches Problem darstellt. Es wird befürchtet, daß Zürich mit seinem gewaltigen wirtschaftlichen und geistigen Potential nach und nach die Kräfte der Eidgenossenschaft aufsauge, so daß es selbst immer größer und mächtiger, die anderen großen Städte aber immer unbedeutender würden. Der Alarmruf aus Genf nennt hier «eine die Eidgenossenschaft bedrohende Gefahr». Das «Journal de Genève» ging am 24. Juni mit Grund davon aus, daß Genf, Basel, Bern und Zürich sich nach Größe und Reichtum im 19. Jahrhundert einigermaßen vergleichen ließen; heute erscheine das Gleichgewicht zu Gunsten von Zürich gestört. Wie sehr es gestört ist, zeigt vielleicht nur das kleine Beispiel der Fluggesellschaften «Swissair» in Zürich und «Alpar» in Bern: die Swissair wollte eine Fusion herbeiführen, bei welcher die Interessen Zürichs einen Raum von vier Fünfteln, die Interessen von Bern, Basel und Genf zusammen aber nur einen Raum von einem Fünftel eingenommen hätten und im Luftverkehr auch dementsprechend zurückgebunden worden wären. Das Übergewicht Zürichs bildet also eine harte Wirklichkeit, und wir vermögen — trotz unserem zürcherischen Landrechte — jenen Stimmen nicht zu folgen, welche das Mißverhältnis zu bagatellisieren versuchen. Wenn zum Beispiel in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 1158/1946) geschrieben stand: «Der Zufall hat es gefügt, daß die Bundesversammlung im Verlaufe weniger Monate dreimal Kredite beschlossen hat, die nach Zürich fließen», dann halten wir dafür, daß hier wirklich nicht bloß der Zufall im Spiele war, sondern daß es die realen Verhältnisse der immer größer werdenden Großstadt waren, welche diese Kredite bedingten. Sie sind es auch, welche die hohen Wohnungsbausubventionen erforderten und in Zukunft für Bahnbauten sowie für andere Groß-Einrichtungen immense Gelder heischen werden.

Die im 19. Jahrhundert in einem gewissen Gleichgewicht der Kräfte erbaute Eidgenossenschaft sieht sich heute mit dem Emporwachsen einer richtigen Großstadt vor ein neues Problem gestellt: Soll sie eine Großstadt mit allen ihren Privilegien aufkommen lassen oder lieber darnach trachten, die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte dezentralisiert anzuordnen? Beinahe will es scheinen, als ob das alte Widerspiel von Zentralismus und Föderalismus etwas an Bedeutung verliere und als ob die Großstadt in die eidgenössischen Politik ihren Einzug halte als Widersacherin all der kleineren Kantone, Städte und Länder. Am Horizonte taucht zwar noch nicht ein rechtliches, aber doch ein faktisches Vorrecht des Ortes auf, was man mitunter durch die Vorschrift des vierten Artikels der Bundesverfassung vermeiden wollte. Ein solches Vorrecht, überhaupt eine solche Vorstadt der Eidgenossenschaft wäre unserem politischen Leben, das auf ein Gleichgewicht unter seinen Gliedern angewiesen ist, äußerst abträglich, und die Genfer haben darum mit ihrem Warnruf einen eidgenössischen Belang vertreten. Die Eidgenossenschaft hat wirklich ein Interesse daran, daß Zürich nicht noch größer und mächtiger wird. Und im Gegensatz zu der Zürcher Landschaft, welche das Rad der Zeit nicht mehr zurückdrehen vermag, hat sie es heute noch in der Hand, die Zügel anzu ziehen und die Bäume der Großstadt nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

Bülach, am 25. Juli 1946.

Walter Hildebrandt.

Nochmals zur Frage des Frauenstimmrechts

Das heißt, eigentlich ist es keine Frage. Es ist keine Frage, daß die Männer für das Staatsleben durchschnittlich geeigneter und interessierter sind, und ebenso wenig ist es eine Frage, daß dies die Frage nicht entscheidet. Das Stimmrecht hat heute, mag man es bedauern oder nicht, allgemein nicht darin seine vorwiegende Bedeutung, ein Mittel zu sein, um eine ideologische Mitbestimmung des Staates durch die Meinung des Einzelnen ins Werk zu setzen, sondern weit mehr darin, eine Waffe im Daseinskampf des Bürgers zu sein. Diese Waffe muß aber in einer Demokratie jedem zur Verfügung stehen, der in einem sachlich bedingten Daseinskampf steht — und das tut ein außerordentlicher Hundertsatz der Frauen heute. Diese Frauen (das ist schon mehr als einmal gesagt worden) haben sich ihre Lage keineswegs so gewählt; sie sind durch die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der neueren Zeit aus der Familie heraus- und in das Erwerbsleben hineingetrieben worden. Und kein Mensch hat einen Augenblick gefragt, ob das der Zartheit ihres weiblichen Gemütslebens schade und ob sich solange eine Schmeißfliege auf den Schnuller ihrer Kinder setze. Man hat weiter alle Folgerungen daraus gezogen, sie Steuern zahlen lassen, sie zu allen möglichen militärischen Hilfsdiensten eingezogen — nur eines nicht, ihnen das Mittel in die Hand gegeben, um ihre wirtschaftliche und soziale Stellung auf dem Boden des Staatslebens zu verteidigen. Man hat eine Komödie von Jungbürgerfeiern mit ihnen aufgeführt, wobei man durch viele schöne Reden die Verleihung des wirklichen Bürgerrechts zu ersetzen suchte. In anderen Staaten hat man es für unerträglich gehalten, daß Menschen, die nicht wählen dürfen, dem Lande Militärdienst leisten müssen, und hat das Wahlalter daraufhin herabgesetzt; bei uns fühlte man sich durch solche Verknüpfungen unangefochten. Soweit ist die Sache einfach, und es gehört wohl ein primitiver Geschlechtsdünkel dazu, um daran völlig vorbeizusehen. Vielleicht ist dieser aber «organisch-natürlich»; tatsächlich sehen wir ja die Frauen in primitiven Verhältnissen als die Schwächeren rücksichtslos ausgebeutet werden, und insofern ist alle höhere Moral in der Tat «technisch-rationalistisch». Jedenfalls kommt die Untersuchung, ob das Stimmrecht für die Frau einen ideologischen Sinn haben könne, diesen ganzen Zusammenhängen gegenüber in zweiter Linie. Es ist und bleibt das Entscheidende, daß im Zeitalter der totalen Mobilmachungen und Kriege die Frau ohne weiteres in die nackte Lebensbedrohung der Nation gänzlich einbezogen und darum in eine volle und bewußte Gemeinbürgerschaft mit dem Gemeinwesen hineingezwungen ist. Daraus ergibt sich wohl für jede Frau, die den Umfang ihres Schicksals mit einigem Bewußtsein erfüllen will, ein gewisser Zwang zur Politik. Doch auch der Mann kommt anständigerweise mit *wenig* Politik aus, besonders Parteipolitik; unanständigerweise kommen nicht wenige *ganz* ohne Politik aus.

Jedoch ist die allgemeinere Frage hier natürlich nicht fern zu halten, welchen Zugang die Frau zum objektiven Geiste überhaupt haben könne. Die Frauenrechtlerinnen von 1900, die es den Männern einfach gleich tun wollten, sind mit Erfüllung ihrer Grundforderungen überraschend schnell und spurlos verschwunden. Die Frauen wollten, so hat es sich gezeigt, zwar Freiheit der Berufsvorbildung und -ausübung, aber vielmehr noch Freiheit zur Gestaltung ihres persönlichen Lebens, ledig der Verlogenheit und Knechtung in der viktorianischen bürgerlichen Familienkultur und -unkultur. Das haben sie errungen — viele zur bloßen Zügellosigkeit, einige zur Durchbildung des Lebens mit echt geistigen Baulinien —, was zugleich auch bedeutet: Durchbildung des Geistes mit Strukturen des Lebens. Der Geist hat zwei Blickseiten, er übergreift sich selbst und das Lebendige. Das bedeutet nicht, was gewöhnlich hier daraus gefolgert wird, die Frauen sollten ein breites, verworrenes Wesen von Gefühl, Gemüt und sentimentaler Mutterschaft ins Geistige hineinbringen — sondern viel allgemeiner: einen unmittelbaren Sinn etwa für die persönliche Lebensspannung, für das Existentielle des Geistigen *selbst*, in seinem *Mittelpunkt*.

Es ist ein neuer Frauentyp aufgekommen, der ungefähr in diesem Sinne sich einen eigenen und durchaus wesenhaften Weg zum Geistigen geöffnet hat. Daß es ein legitimer Weg ist, zeigt sich auch darin, daß diese Frauen keine Blaustrümpfe mehr sind, sondern in ihrer eigentümlich weiblichen Art, ihrem spezifischen Lebensreiz eher gesteigert als gemindert erscheinen. Daß dieser neue Typ nicht bestimmender in Erscheinung tritt, beruht nicht allein darauf, daß er natürlich Sache einer Minderheit ist, sondern vor allem, daß die meisten Männer der Entwicklung noch nicht nachgekommen sind. Sie haben diese Frau noch nicht ratifiziert, und letztlich empfängt jedes Geschlecht beim und am anderen seine Wesensbestätigung.

Die Zahl der Männer ist noch beschämend groß, die bei der Frau zweierlei suchen: durch keinen Geist beschwerte erotische Kätzchenhaftigkeit — und die Möglichkeit, selber vor ihr ohne Überprüfungs-Gefahr als geistiger «Hirsch» zu paradieren. Für das erste werden sie bestraft durch frühzeitige tödliche Langeweile, für das zweite durch eigenen Stillstand mangels kritischen, liebend anstachelnden Verständnisses. Eine geistig überlegene Frau scheuen die meisten Männer wie das Feuer — wie das absolut Unerlaubte; verständlicherweise. Aber sie scheuen auch viel zu oft eine *gleichstehende*, welche in geistigen Dingen ihnen auf die Finger sehen kann — besonders eben in dem beredeten Sinne, mit dem erbarmungslosen geistigen Instinkt für lebensmäßig Spannungsloses und Unehliches. Eine solche Frau ist vielen Männern zu anstrengend, und zwar nicht im Sinne einer geistigen Abstraktion oder eines scharfen Bildungsbetriebes, sondern eben in der Notwendigkeit geistiger und lebensmäßiger Gespanntheit auch innerhalb des menschlich Unmittelbaren; in der Notwendigkeit einer bei aller Kraft feineren, menschlicheren, geistigeren Gefühlskultur, an der es gerade die jungen Männer in ungemeinem Maße fehlen zu lassen pflegen. Denn eine solche Frau ist weder menschlich noch geistig ein für alle Mal ganz einzunehmen, sondern nur immer wieder.

Wahrscheinlich besteht in den Möglichkeiten und Verknüpfungen, die sich so ergeben, die einzige Chance, die Ehe in einem tiefern und wahrhaftigeren Sinne für die geistigeren Menschen in die Zukunft zu retten: die Frau, die jedenfalls ihrem Manne nicht langweilig wird und deren geistige Gemeinschaft mit den Kindern sich nicht auf fliegenfreie Verwaltung des Schnullers beschränkt. Natürlich ergibt sich so eine Reihe neuer Fraglichkeiten, die auch das Problematische der neuen Entwicklung aufzeigen würden — ohne doch an der sachlichen Notwendigkeit für die Männer etwas zu ändern, mit einem reflektierten Ja auf die neue Sachlage zu antworten. Wenn diese vor solchem Ja hier etwas schlecht wegkamen, so ist das nicht unverdient. Sie sind es, die den nächsten Schritt zu tun haben — wie sich wieder am kläglichen Niveau der Basler Beweisgründe und -bilder gegen das Frauenstimmrecht gezeigt hat. Sie sind es, die nicht mehr den vernichtenden Eindruck aufkommen lassen dürfen, ob es nicht doch besser wäre, alles Geistige, alle menschliche Freiheit bei der Frau, die allzu leicht so nur zu zielloser Verstrickung führt, wieder unentwickelt und nur als eingefaltete Weitergabe an das nächste Geschlecht zu belassen. Sie sind es, die aus den hier angedeuteten Voraussetzungen die Folgerungen für das engere Problem des Politischen selber ziehen mögen.

Erich Brock.